

Fragebogen ALOS-LDH

Antworten der Demokratischen Partei

1. Verfassungsreform

- Die DP will die Vorarbeiten über einen neuen Verfassungsentwurf im Parlament zügig zu Ende bringen und im Rahmen eines partizipativen Prozesses gemeinsam mit der Zivilgesellschaft diskutieren und die Bevölkerung im Rahmen einer Informationskampagne ausführlich über die Änderungen ins Bild setzen. Auf dieser Basis soll die Verfassungsreform per Referendum zur Wahl gestellt werden.

1.2 Ausländerwahlrecht

- Die DP ist der Ansicht, dass es auf Dauer nicht gesund ist, fast die Hälfte der Bevölkerung, Menschen mit denen wir jeden Tag zusammenleben und -arbeiten, von politischen Rechten teilweise oder ganz auszuschließen. Daher haben wir uns klar dafür ausgesprochen, unseren ausländischen Mitbürgern in allen Belangen bei den Europa- und Kommunalwahlen dieselben Rechte zuzugestehen als den Luxemburgern. Wir sind auch immer noch der Meinung, dass eine Debatte über die Ausdehnung des aktiven und passiven Wahlrechts auf die nationalen Wahlen geführt und bis 2016 abgeschlossen werden muss. Neben den sicherlich zu klärenden juristischen und verfassungsrechtlichen Fragen, muss diese Diskussion intensiv, sachlich und im gegenseitigen Respekt mit den Luxemburgern geführt werden. Parteiübergreifend muss sich deshalb das Wort gegeben werden, ohne Polemik an diese Thematik heranzugehen. Wir denken, dass vor allem das grundsätzliche Kriterium der Residenzdauer strenger sein sollte, als wie bei der von uns vorgeschlagenen Reform des Nationalitätsgesetzes. Ausländische Mitbürger, die diese Kriterien erfüllen und sich in die Wählerliste eingetragen haben, müssen wie alle Luxemburger die Wahlpflicht respektieren.

1.3 Die Rolle des Ombudsmann im Rahmen des OPCAT

- Die DP hat sich im Parlament kritisch gegenüber der Lösung geäußert, dass in Luxemburg der Ombudsmann die Kontrollfunktion im Rahmen des OPCAT übernimmt. Wir sind der Ansicht, dass die nötigen personellen Mittel zur Zeit fehlen um dieser Aufgabe gewissenhaft nachgehen zu können. Mehr als die organisatorische Frage, wie die Kontrollinstanz organisiert werden soll, liegt der DP am

Herzen, dass Luxemburg seinen Verpflichtungen in diesem Bereich nachkommt. Der OPCAT sieht eine proaktive Herangehensweise vor, in allen Institutionen: "où se trouvent ou pourraient se trouver des personnes privées de liberté sur ordre d'une autorité publique ou à son instigation ou avec son consentement exprès ou tacite"

2.1.1 Zusammenlegen der Bezirksgerichte

Die DP kann keine qualitativen Unterschiede in Bezug auf die Rechtssprechung der beiden Bezirksgerichte in Luxemburg und Diekirch feststellen. Die Justiz sollte nahe am Bürger sein und somit auch geographisch in der Nähe der Betroffenen liegen. Die Tatsache, dass es nur ein Berufungsgericht gibt (im Falle einer Berufung gegen ein Urteil der beiden Bezirksgerichte) garantiert eine harmonische Rechtssprechung.

Die DP will aber hingegen die Zusammenlegung der Berufungsgerichte bei Berufungsverfahren gegen Urteile des Friedensgerichts in einer nationalen Instanz analysieren lassen.

2.2.1 Conseil National de la Justice

- Die DP will durch das Einsetzen eines „Conseil supérieur de la Justice“ die Unabhängigkeit der Justiz stärken bzw. die Einflussnahme der Politik auf das Justizwesen verhindern. Er soll mit Magistraten und Nicht-Magistraten besetzt sein. Seine Zuständigkeit soll in Fragen der justizeigenen Disziplinarverfahren, der Beförderung der Richter und Staatsanwälte, der Annahme von Bürgerbeschwerden und der allgemeinen Überwachung der administrativen und prozeduralen Gerichtsarbeit gelten.

2.3.1 Casier judiciaire

- Die DP erkennt das Risiko der missbräuchlichen Nutzung von Informationen, die im Auszug des Strafregisters (Casier Judiciaire) enthalten sind. Die DP will die neue gesetzliche Regelung deshalb nach zwei Jahren evaluieren und gegebenenfalls umändern lassen.

2.4.1 Reforme de l'Assistance Judiciaire

- Die DP bekennt sich zum allgemeinen Zugang zur Justiz als Grundrecht. Die "Assistance Juridique" spielt hierbei eine wichtige Rolle. Aktuell muss jedoch festgestellt werden, dass die Zahl der Anfragen stark steigt und zum Teil für Bagatellen missbraucht wird. Die DP will den Zugang zur Assistance judiciaire deshalb überdenken und an eine stärkere Evaluation der Anliegen binden. Um den allgemeinen Zugang zur Justiz für alle Bürger zu garantieren, muss jedoch Sorge getragen werden und Mittel zur Verfügung stehen, dass Fälle unter der 'assistance judiciaire' gleich behandelt werden als Fälle ohne eine solche Rechtsbeihilfe.

2.5.1 : Détention Provisoire

- Für die DP ist die hohe Zahl an Untersuchungshäftlingen unter anderem das Resultat einer falschen Drogenpolitik. Viele Personen sitzen in Haft wegen Drogendelikten. Hier will die DP zunehmend auf Vorbeugung, Betreuung und Reduzierung der Risiken setzen anstatt alleine auf Repression. Ein weiteres Problem ist die geographische Situation unseres Landes. Eine ganze Reihe von Delikten werden von Personen begangen, die in der Grenzregion leben und bei denen Fluchtgefahr besteht. Hier will die DP über schnellere Prozeduren nachdenken, vor allem bei Fällen in denen die Personen auf frischer Tat ertappt wurden und die Beweislast erdrückend ist. Die DP ist der Ansicht, dass dies in Einklang mit den Rechten der Verteidigung gebracht werden kann.

3.1.1 Reform des Strafvollzugs

- Wir wollen weiterhin in einen differenzierten Strafvollzug investieren, dies im Hinblick auf eine bestmögliche Resozialisierung der Strafgefangenen und eine Verringerung der Rückfallquote. Die Gefängnisstrukturen müssen den gegenwärtigen Bedürfnissen angepasst werden. Es sollen unabhängige Strukturen für Kleinkriminelle und Untersuchungshäftlinge geschaffen werden. Alternativstrafen, wie Arbeiten im öffentlichen Interesse, eine gesetzlich verankerte elektronische Fußfessel, Therapiemöglichkeiten und Strafen auf Bewährung sollen bei kleineren Vergehen den Gefängnisaufenthalt ersetzen. Weiterbildung und die Möglichkeit von Schul- und Berufsabschlüssen im Gefängnis tragen zur Resozialisierung der Betroffenen bei.

3.1.2 Judiciarisation de l'aménagement des peines

- Die DP will die Schaffung eines unabhängigen "juge de l'exécution des peines" überprüfen. Fest steht, dass die betroffenen ein Rekursrecht erhalten müssen um gegebenenfalls gegen die Entscheidung des Richters oder der Generalstaatsanwaltschaft vorgehen zu können.

3.1.4 Videokonferenz

- Die DP will die Übertragung von Verhandlungen per Videokonferenz nicht generalisieren. Im Gegenteil, sie sollen die absolute Ausnahme bleiben und nur zum Einsatz kommen wenn der Zeuge riskiert, sich einer unmittelbaren Gefahr auszusetzen. Im Allgemeinen sollte der Zeuge jedoch frei vor dem Richter in einer öffentlichen Sitzung und in Anwesenheit des Angeklagten aussagen.

4.1 Datenschutz

- Um den Datenschutz zu stärken bedarf es nach Ansicht der DP nicht notwendigerweise einer Gesetzesreform.

Für die DP ist die informationelle Selbstbestimmung ein wesentliches Grundrecht, dazu gehört auch das sogenannte „droit à l'oubli“. Die digitale Speicherung von Informationen über eine Person und sein Verhalten führt potentiell dazu, dass der Bürger heute die Kontrolle darüber verliert, wer welche Informationen wann und bei welcher Gelegenheit über ihn aufzeichnet und speichert. Dies stellt nach Ansicht der DP eine Bedrohung der Privatsphäre und der individuellen Handlungsfreiheit dar.

Sensibilisierung im schulischen Rahmen

Die DP will die Information und Sensibilisierung der Jugendlichen für das Thema Datenschutz im Rahmen der öffentlichen Schule verstärken. Die DP sieht darin einen wichtigen Bestandteil eines verantwortungsbewussten Umgangs mit digitalen Medien und einer Wahrnehmung seiner Persönlichkeitsrechte. Dieses Thema muss nach Ansicht der DP deshalb Eingang finden in den Unterricht der Sekundarschule. Entsprechende Lehreinheiten können innerhalb des Sprachenunterrichts oder des Werteunterrichts vorgesehen werden.

Selbstbestimmter Umgang mit Daten

Wir wollen neue Wege im Umgang mit öffentlichen Daten beschreiten und die Datenhoheit in die Hände der Menschen und Unternehmen begeben. Wir wollen im Einklang mit der Datenschutzkommission bestimmen, in welchem Umfeld und in welcher Form, Daten innerhalb des Staatsapparats zusammengelegt bzw. geteilt werden dürfen. Des Weiteren wollen wir, dass die Bürger und Unternehmen in Zukunft einen Zugang zu ihren Anträgen und Akten haben, der es ihnen erlaubt zu jedem Zeitpunkt nachvollziehen zu können, wer ihre Akte gerade behandelt und in welchem Stadium sich ihr Antrag befindet („Tracking-System“). Zudem wollen wir dem Bürger erlauben, die Hoheit über seine Daten zurückzugewinnen, indem er nicht nur Zugang zu den über ihn gespeicherte Daten bekommt, sondern auch erkennt, welcher Beamte aus welchem Grund Zugriff auf seine Daten genommen hat.

Sicherheitsarchitektur für personenbezogene Datenbanken

Die DP wird ein umfassendes Regelwerk einführen, das den Umgang mit personenbezogenen Daten bei den öffentlichen Verwaltungen regelt. Schutz und Zugang zu Datenbanken sollen unter anderem von der Sensibilität der Daten abhängig gemacht werden. Darüber hinaus soll jeder Zugriff auf personenbezogene Daten festgehalten und durch Stichproben kontrolliert werden, um etwaige Missbräuche der Daten durch öffentliche Bedienstete zu verhindern. Ein Verhaltenskodex soll für alle Verwaltungen den Umgang mit personenbezogenen Daten festschreiben und dazu beitragen, sie mit ihrem Umgang zu sensibilisieren.

Datenschutzkommission mehr Mittel geben

Die nationale Datenschutzkommission (CNPD) verfügt aktuell nicht über ausreichende Mittel, um ihren Verpflichtungen in den Bereichen der Information, Sensibilisierung und Kontrolle im Bereich des Datenschutzes nachzukommen. Die DP will die CNPD deshalb personell und finanziell stärken.

Briefgeheimnis auf elektronische Nachrichten ausweiten

In Zeiten, in denen die überwiegende Mehrzahl des Informationsaustausches nicht mehr per Brief sondern per E-Mail geschieht, ist das Briefgeheimnis so wie es im Artikel 28 der Luxemburger Verfassung festgeschrieben ist, nicht mehr ausreichend. Die DP ist deshalb der Ansicht, dass das Briefgeheimnis, wenn es im 21. Jahrhundert noch Bestand haben soll, auf E-Mails und andere elektronische Nachrichten ausgeweitet werden sollte. Darüber hinaus wird die DP die Einführung eines Labels „E-Mail Made in Luxembourg“ überprüfen, mit denen privaten und wirtschaftlichen Nutzern höchste Vertraulichkeits- und Sicherheitsstandards (Datenverschlüsselung usw.) garantiert werden.

4.2 Patientenrechte

- Für die DP stellt ein funktionierendes Patientenrecht eine wichtige Priorität dar, wenn es um die qualitative Verbesserung unseres Gesundheitssystems geht. Der vorliegende Gesetzesentwurf der aktuell dem Parlament vorliegt, stellt jedoch niemanden zufrieden. Daher wird die DP den Text zurückziehen und im Dialog mit den Betroffenen einen neuen Entwurf ausarbeiten. Wir werden darüber hinaus gemeinsam mit den Ärzten und Krankenhäusern eine neue Qualitäts- und Informationskultur zugunsten der Patienten fördern. Mit Hilfe von internen und externen Evaluierungen soll die Zufriedenheit der Patienten gemessen und konkrete Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet werden.

4.3.1 "Congé Associatif"

- Die DP will die Frage der Unterstützung des Benevolats im Rahmen eines Gesetzes über die gemeinnützigen Vereine diskutieren. Dabei geht es der DP in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise darum ein Gleichgewicht zwischen ehrenamtlichen Aktivitäten einerseits und wirtschaftlichen Zwängen andererseits zu finden.

5.1.1 Briefwahl bei Sozialwahlen

- Die DP sieht keine Einwände für die Einführung der Briefwahl bei Sozialwahlen. Wir wollen zusammen mit den Sozialpartnern eine Qualitätsoffensive starten, damit die Mitbestimmung etwa mit Hilfe von spezifischen Schulungen

qualitativ besser und effizienter im Interesse des Unternehmens und seiner Angestellten wird.

5.2.1 Schwierige Arbeitsbedingungen

- Die DP setzt sich für sichere Arbeitsplätze ein. Wir wollen deshalb die Arbeitsbedingungen Sektor für Sektor auf den Prüfstand nehmen, und dabei Flexibilität und Effizienz überprüfen und die Unternehmen als Gegenleistung zum Erhalt und Schaffung sicherer Arbeitsplätze verpflichten. Zu dieser Diskussion gehören beispielsweise je nach Wirtschaftszweig flexiblere Arbeitszeitenregelungen oder die Freigabe der Ladenöffnungszeiten. Die DP ist der Ansicht, dass in Zeiten der steigenden Arbeitslosigkeit, der Fokus darin besteht, den Menschen ein gesichertes Einkommen zu garantieren.

5.3 Zugang zum Arbeitsmarkt

- Die DP bekennt sich zu mehr Chancengleichheit am Arbeitsmarkt. Hierfür ist es notwendig, dass insbesondere Jugendliche, weniger gut ausgebildete Personen, ältere Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose sowie Personen mit Behinderung wieder vermehrt in Arbeit gebracht werden. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir eine andere, eine effizientere Arbeitsmarktpolitik. Die Beschriebenen Problemfelder erweisen sich als äußerst heterogen. Was den Zugang zum Arbeitsmarkt von Frauen anbelangt setzt die DP bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Mit einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung will die DP eine stärkerere Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt garantieren. Von einer Individualisierung der Besteuerung erwartet die DP sich, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen sich als rentabler erweist. Was den Zugang von Menschen mit Behinderung auf den Arbeitsmarkt anbelangt müssen über die bewährten „ateliers protégés“ hinaus verstärkt Anstrengungen unternommen werden um Personen mit Behinderung vermehrt in den klassischen Arbeitsmarkt zu integrieren. Soziale Initiativen (z.B. Initiative „Job Coaching“), die versuchen Behinderte an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen, sollen deshalb stärker unterstützt werden. Die öffentliche Hand soll ihrerseits mit gutem Beispiel vorangehen und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend mehr Menschen mit Behinderung einstellen. Die DP setzt sich darüber für das Konzept einer persönlichen Assistenz ein, um behinderten Menschen zu erlauben in ihrer eigenen Wohnung zu bleiben und einer Arbeit nachzugehen. Ein Einzug ins Heim sollte die ultimative Lösung sein, für die Betroffenen die es wünschen bei sich zu Hause zu wohnen.

5.4 Studienhilfen

- Die DP bekennt sich zu dem europäischen Prinzip des Diskriminierungsverbots wie sie unter anderem in der EU-Gleichbehandlungsrichtlinie festgeschrieben ist. Neu ist jedoch in diesem Zusammenhang die Auslegung der Richtlinien durch den europäischen Gerichtshof und dessen Ausweitung und Anwendung auf den Bereich der Hochschulpolitik. Die DP stellt fest, dass in den allermeisten EU-Mitgliedsstaaten eine Residenzklausel besteht in Bezug auf den Zugang zu finanziellen Unterstützungen im Bereich der Hochschulen. Die DP wird sich deshalb auf europäischer Ebene für eine Gleichbehandlung aller Bürger einsetzen. Die DP war im Parlament gegen die Neuregelung der Studienbeihilfen, da sie nicht sozial selektiv und bedarfsorientiert konzipiert wurde. Wir werden die Studienbeihilfen deshalb neu regeln und in Zukunft wieder nach diesen Kriterien ausrichten.

6.1 Convention du 18 décembre 1990

- Da bisher kein einziges EU-Mitgliedsland die UN-Konvention ratifiziert hat, schlägt die DP vor, dass eine gemeinsame Herangehensweise an die Problematik auf EU-Ebene von der Luxemburger Regierung gefordert werden sollte.

6.2. Arbeitserlaubnis für Asylantragsteller

- Die DP will dass der Staat sich die nötigen Mittel gibt, um schnelle aber gerechte Asylprozeduren zu garantieren. Während der Zeit der Prozedur will die DP, dass die Asylsuchenden einer gemeinnützigen Arbeit nachgehen können, die ihnen einen strukturierteren Alltag und eine gewisse Unabhängigkeit von Sozialhilfen garantiert.

6.3 Detention et Retention

- Die DP spricht sich für eine bessere Vorbereitung der Häftlinge auf ihre Entlassung und Rückführung aus.

7.1 Menschenrechte in der Schule

- Für die DP muss die Vermittlung und Auseinandersetzung mit den allgemeinen Menschenrechten und ihrer moralphilosophischer Basis ein Leitfaden des Werteunterrichts sowohl in der Grundschule als auch in der Sekundarschule sein. In anderen Fächern, wie z.B. dem Geschichtsunterricht kann die Thematik der Menschenrechte ebenfalls unter historischen Gesichtspunkten behandelt werden.